



Bern, 25. Mai 2019

Femizide: „Frauen erleiden Gewalt, weil sie Frauen sind“

Interview¹ mit Simone Egger² von Terre des Femmes Schweiz und Netzwerk Istanbul Konvention

Bern (25. Mai 2019) In der Schweiz wurden in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt jedes Jahr 25 Frauen und Mädchen getötet, gemäss BSF-Zahlen gab es im gleichen Zeitraum im Schnitt jährlich weitere 52 Tötungsversuche an Frauen und Mädchen. Simone Egger ist Fachspezialistin für geschlechtsspezifische Gewalt bei Terre des Femmes Schweiz. TdF wiederum ist eines der vier NGO, das in der Schweiz das Netzwerk Istanbul Konvention koordiniert. Die Schweiz hat die Istanbul-Konvention des Europarats gegen Gewalt an Frauen und Mädchen und häusliche Gewalt am 1. April 2018 in Kraft gesetzt.

Was sind die Ursachen für Femizide, die Tötung von Frauen und Mädchen? Welches sind die Motive der Täter?

Gewalt gegen Frauen hat mit der Ungleichstellung der Geschlechter zu tun. Normen und Stereotypen zu Geschlecht aber auch Sexualität, Hierarchisierungen zwischen Männern und Frauen und andere Elemente einer patriarchalen Gesellschaft führen zu Gewalt gegen Frauen. Dieser Zusammenhang zeigt sich vielleicht am Einfachsten bei der sexualisierten Gewalt, wo gewisse Männer selbstverständlich übergriffig sind gegenüber Frauen. Aber auch die Tötungen von Frauen und Mädchen in der Schweiz haben mit solchen Vorstellungen und Werten zu tun. Denn hinter den von den Medien als "Familientragödien" bezeichneten Taten liegen in Wahrheit männliche Besitzansprüche, verletzte Ehrvorstellungen und ähnliches. Doch leider werden die Motive bei solchen Straftaten nicht statistisch erfasst, so dass das Bewusstsein für die Wurzeln dieser Gewalt klein ist. Voraussetzung um Gewalt gegen Frauen wirklich zu bekämpfen ist, dass der Kern erkannt wird: Frauen erleben Gewalt, weil sie Frauen sind. Eine Gesellschaft ohne Gewalt an Frauen schaffen wir nur mit der Gleichstellung der Geschlechter - und die Gleichstellung der Geschlechter erreichen wir nur mit dem Ende der Gewalt gegen Frauen. Diese feministische Analyse ist der Kern der Istanbul-Konvention des Europarats. Entsprechend verpflichtet die Istanbul-Konvention auch zu Gleichstellungsmassnahmen.

Schaut unsere Gesellschaft genug hin, um der Gewalt an Frauen ausreichend zu begegnen?

Nein, das Bewusstsein dafür ist zu klein. Wie weit Gewalt gegen Frauen verbreitet ist in der Schweiz, realisieren die meisten nicht oder projizieren es auf andere Regionen der Welt. Doch präzisere Zahlen, wie die neuen [gfs-Zahlen](#) zu sexualisierter Gewalt, helfen, Bewusstsein zu schaffen und hoffentlich auch den politischen Willen zu erhöhen. Denn an diesem Willen fehlt es bei denjenigen Entscheidungsträger_innen, die Massnahmen einleiten und vor allem genügend Finanzen bereitstellen könnten. Gewalt gegen Frauen ist alltäglich und kann jeder Frau passieren. Dies weiss jede Frau aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen. Denn jede Frau erlebt Gewalt in irgendeiner Form, weil sie eine Frau ist.

In den letzten Jahren haben viele Kantone im Sozialbereich gespart, zugleich traten aber neue Massnahmen gegen häusliche Gewalt in Kraft und die Polizei erhielt neue Mittel in die Hand gegen häusliche Gewalt: Wie sehen diese aus? Reichen diese aus?

Einsparungen im Sozialbereich erhöhen das Risiko von Gewalt gegen Frauen. Denn Armut, enge Wohnverhältnisse und andere Prekarisierungen sind Risikofaktoren. Tatsächlich wurde im Bereich der häuslichen Gewalt, die ja ein Teil von Gewalt gegen Frauen ausmacht, einiges gemacht, indem zum Beispiel das Gewaltschutzgesetz verbessert wurde. Doch gleichzeitig leiden jahrzehntelang erkämpfte und aufgebaute Strukturen unter dem Spardruck. So verfügt die Luzerner Interventionsstelle zu häuslicher Gewalt nur noch über eine Kleinstzeitstelle. Allgemein ist zu sagen, dass die staatlichen Massnahmen zu häuslicher Gewalt dank feministischen Kämpfen immerhin stabile Grundlagen haben, während diese zu anderen Formen von Gewalt gegen Frauen und sexualisierte Gewalt fehlen.

Reichen die Mittel zur Gewaltprävention?

Die Gewaltprävention besteht aus verschiedenen Elementen - und überall gibt es Lücken und fehlende Ressourcen. Besonders viele Lücken sehe ich bei Präventionskampagnen und Bildungsmaßnahmen: Es fehlen

Finanzen wie Aufträge. Dabei ist es fundamental, schon früh bei den Kindern anzusetzen und grundlegende Konzepte wie Consent (Einwilligung) gesellschaftlich zu verankern. Denn konsensuelles Verhalten ist zentral für eine gewaltfreie Gesellschaft. So würde eine systematische und ganzheitliche Sexualbildung viel gegen sexualisierte Gewalt beitragen. Doch leider fehlt eine solche in vielen Kantonen.

Es gab im vergangenen Jahr Berichte, dass die Gewalt vor allem gegen junge Frauen im öffentlichen Raum zugenommen habe. Ist dieser Befund korrekt?

Uns fehlen systematisch erhobene und aussagekräftige Zahlen, um dazu eine fundierte Aussage zu machen. Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Schweiz dazu, regelmässig relevante Daten zu erheben, damit wir präzise Informationen haben und Entwicklungen verfolgen können. Wichtig ist dabei auch zu schauen: wer ist wie betroffen? Ich kenne Stimmen, die von einer Zunahme sprechen und auch ich habe solche subjektiven Eindrücke – aber, ob sich die Situation verschlimmert hat oder ob vor allem das Bewusstsein gestiegen ist und mehr Betroffene Unterstützung suchen, das könnten wir nur mit mehr Forschung beantworten.

Zurück zur Istanbul-Konvention: Was ist die Konvention genau und was bezweckt diese?

Die Istanbul Konvention ist die Konvention des Europarats gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt. Sie verpflichtet die Staaten dazu, diese Formen von Gewalt zu verhindern und Betroffene zu unterstützen und schützen. Die Konvention stützt sich auf vier Säulen: Prävention, Schutz, Unterstützung und Strafverfolgung sowie ein koordiniertes Vorgehen. Dieses ganzheitliche Vorgehen ist sehr wichtig, wenn wir Gewalt effektiv bekämpfen wollen.

Mit welchen Akteuren setzt die Schweiz die Konvention um?

Auf staatlicher Seite sind Bund, Kantone und Gemeinden involviert gemäss ihren Zuständigkeiten - von der Gleichstellung bis zur Bildung. Der Bund koordiniert und stösst Massnahmen an, muss aber auch umsetzen, zum Beispiel bei Gesetzen, in den Bundesasylzentren oder bei den Datenerhebungen. Kantone und Gemeinden wiederum sind zum Beispiel zuständig für die Finanzierung von Beratungsstellen, Frauen- und Mädchenhäuser oder die Bildung an den Schulen. Der Bund darf nicht alles auf die Kantone abwälzen. So sollte er auch selbst grosse Präventionskampagnen machen – analog zur Unfallverhütung oder den Stop-Aids-Kampagnen. Die Istanbul-Konvention schreibt auch der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu. Viele Beratungsangebote für Betroffene werden durch nichtstaatliche Stellen geleistet. Eine Verpflichtung aus der Konvention ist aber, dass die Finanzierung via staatliche Gelder gesichert sein muss. Zudem haben die NGO die wichtige Rolle, die Umsetzung politisch einzufordern und kritisch zu beobachten. Deshalb bauen wir derzeit das Netzwerk Istanbul Konvention auf.

Wo hat die Schweiz Defizite bei der Umsetzung der Konvention?

Es gibt noch viel zu tun, bis die Schweiz die Istanbul-Konvention erfüllt. Ein paar wenige Beispiele: Es fehlt an einem professionellen 24-Stunden-Beratungsangebot; es gibt nur ein einziges Mädchenhaus; Beratungs- und Schutzangebote sind nicht auf Frauen mit Behinderungen ausgerichtet; Geriatrie und Alterspflege sind nicht auf Traumata bei alten Frauen sensibilisiert; Migrantinnen verlieren ihr Aufenthaltsrecht, wenn sie sich trennen. Die grösste Herausforderung sehe ich aktuell darin, dass alle Angebote und Massnahmen für alle Betroffenen von Gewalt passen und zugänglich sind - unabhängig vom Alter, Aufenthaltsstatus, Gesundheit, sexueller Orientierung oder anderen Faktoren.

Terre des Femmes Schweiz koordiniert gemeinsam mit drei anderen NGO das zivilgesellschaftliche Netzwerk Istanbul Konvention. Was sind eure Aufgaben?

Das Netzwerk Istanbul Konvention besteht aktuell aus über 60 Fachstellen und NGO aus Bereichen wie Gleichstellung, Gewalt, Menschenrechte, Behinderung, Asyl/Migration, LGBTIQ*. Wir haben das Ziel, die Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Schweiz einzufordern und kritisch zu begleiten. Wir haben kein staatliches Mandat oder Gelder, wir finanzieren diese Arbeit bisher selbst. Aktuell sind wir daran, das Netzwerk aufzubauen, die Istanbul-Konvention bekannt zu machen und in alle Richtungen konkrete Massnahmen einzufordern.

¹ Das Interview führte Daniela Karst, Frauen*streik-Koordination Bern, in schriftlicher Form.

² Simone Eggler ist Projektleiterin Advocacy/Lobbying und Fachfrau mit Spezialisierung auf geschlechtsspezifische Gewalt bei [Terre des Femmes Schweiz](#); TdF ist Mitglied des [Netzwerk Istanbul Konvention](#).